



GUIDO BALDI

Ein Jahr nach Trumps Amtsantritt: US-Wirtschaft wirft Fragen auf, Europa wird unterschätzt

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Ein Jahr ist vergangen, seit Donald Trump das zweite Mal das Amt des US-Präsidenten antrat. Er versprach damals ein neues goldenes Zeitalter für die US-Wirtschaft. Doch so einfach ist das offenbar nicht: Stattdessen gab es turbulente Entwicklungen, insbesondere in der Zollpolitik, und für die US-Verbraucher*innen weiter steigende Preise und viel Unzufriedenheit. Hinzu kommt jede Menge Unsicherheit, wie jüngst beispielsweise rund um die Grönlandfrage und mögliche Konsequenzen. Dennoch hat sich die US-Wirtschaft gut gehalten – wie auch in den vergangenen Jahren dürfte sie 2025 stärker zugelegt haben als die Wirtschaft im Euroraum.

Teils rätselhafte US-Wirtschaftsdaten werfen allerdings Fragen auf. So steht das solide Wachstum der US-Wirtschaft im Jahr 2025 im Gegensatz zu wenigen neu geschaffenen Stellen und einer steigenden Arbeitslosigkeit. Einige Beobachter argumentieren, dass die USA deutlich stärker vom KI-Boom profitieren als Europa und darum schon deutliche Produktivitätsgewinne ohne gleichzeitiges Stellenwachstum zu sehen seien. Undenkbar ist das nicht. In den amtlichen Daten für 2025 ist der KI-Boom bislang allerdings vor allem in Form hoher Investitionen in Datenzentren zu sehen und weniger in produktivitätssteigernden Wirkungen an den Arbeitsplätzen. Falls es doch zu einem Produktivitätsboom kommen sollte, ist auch für die Zukunft mit einer – womöglich noch zunehmenden – Wachstumslücke zwischen den USA und Europa zu rechnen.

Manchmal wird vergessen, dass der weniger dynamische Arbeitsmarkt vor allem auf die restriktive Zuwanderungspolitik unter Trump zurückzuführen ist. Deutlich geringere Zuwanderungen – beziehungsweise vermehrte Abschiebungen – gehen mit einem niedrigeren Bevölkerungswachstum einher, was wiederum zu weniger neuen Jobs führt. Während man vor einigen Jahren noch davon ausgehen konnte, dass monatlich deutlich über 100 000 neue Jobs geschaffen werden mussten, um das Bevölkerungswachstum auszugleichen und den Arbeitsmarkt im Gleichgewicht zu halten, sind es nun grob geschätzt noch etwa 50 000 neue Jobs pro Monat. Die geringe Dynamik beim Stellenwachstum ist somit eine Art neue Norma-

lität und nicht in erster Linie auf einen schwächeren Arbeitsmarkt zurückzuführen. Zeichen einer leichten Abkühlung am Arbeitsmarkt zeigen sich dennoch – etwa in Form einer etwas höheren Arbeitslosigkeit.

Zweifelsfrei wird die schwächere Zuwanderung das strukturelle Wachstum der US-Wirtschaft dämpfen. Da momentan noch verlässliche Daten zur Zuwanderung unter der neuen Politik fehlen, kann man nur grob schätzen, dass das jährliche Wachstum der US-Wirtschaft strukturell um 0,2 bis 0,4 Prozentpunkte niedriger ausfallen könnte. Es scheint deshalb plausibel, dass sich die bisherige Wachstumslücke Europas gegenüber den USA zumindest vorerst auch verringern könnte, sofern Europa beim Wettlauf um Innovationen bei neuen Technologien nicht ins Hintertreffen gerät.

Ohnehin sind die oft gemachten Aussagen über den wirtschaftlichen Niedergang Europas übertrieben. Denn die europäische Wachstumslücke – seit der Jahrtausendwende war das Wachstum der Wirtschaftsleistung im Euroraum durchschnittlich etwa einen Prozentpunkt niedriger als in den USA – war bislang teilweise auf ein geringeres Bevölkerungswachstum zurückzuführen. So hat die Bevölkerung in den Vereinigten Staaten seit der Jahrtausendwende etwa doppelt so stark zugenommen wie im Euroraum und mehr als drei Mal so stark wie in der Europäischen Union. Dennoch steht Europa zweifelsfrei vor großen Herausforderungen. Insbesondere sind mehr Innovationen und eine effizientere Bürokratie wichtig – gerade vor dem Hintergrund der Alterung der Bevölkerung, der geopolitischen Unsicherheit mit höheren Verteidigungsausgaben und der großen Herausforderungen des Klimawandels. Europa kann dies aber aus einer besseren Position heraus angehen, als oft befürchtet wird – und hat es letztlich selbst in der Hand, mit einer zukunftsgerichteten Politik wieder auf Augenhöhe zu kommen.

Dieser Kommentar ist am 17. Januar 2026 zuerst in der Frankfurter Rundschau erschienen. Er wurde demgegenüber leicht gekürzt und aktualisiert.

© © Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

93. Jahrgang 28. Januar 2026

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Jan-Christopher Scherer

Redaktion

Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787